Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 1551/17

Titel

Demonstration am 01. Juli 2017 - Behördliche Maßnahmen, Abstimmungen zwischen den Aufgabenträgern

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

Die Beantwortung der folgenden Fragen von Herrn Haase, Fraktion DIE LINKE, erfolgt in Zusammenarbeit mit der Landespolizeiinspektion Erfurt und der Erfurter Verkehrsbetriebe AG (EVAG).

Am 1. Juli fand eine Demonstration der Partei "Die Rechte" statt. Beendet wurde diese am Domplatz. Danach wurden die Teilnehmer/-innen dieser Demonstration von der Polizei dazu gedrängt an der Haltestelle Domplatz in die Straßenbahn einzusteigen und in Richtung Bahnhof zu fahren.

Zu diesem Sachverhalt bitte ich, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile am 22.08.2017 jeweils einen Vertreter/ eine Vertreterin von Polizei und EVAG einzuladen und insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. *Welche Gespräche gab es zwischen der Polizei und der EVAG bezüglich dieses Vorgehens im Vorfeld bzw. im Nachgang?*
 - a) *Welche Vereinbarungen wurden in den Gesprächen getroffen?*

Zwischen der Polizei und der EVAG gab es keine Gespräche bezüglich dieses Vorgehens. Im Vorfeld einer angemeldeten Demonstration erhält die EVAG vom Bürgeramt eine Information bezüglich Zeitpunkt, Versammlungsort, geplanter Strecke sowie der geschätzten Zahl der Teilnehmer. In die Planung der Absicherung durch die Polizei ist die EVAG nicht mit einbezogen. Sie hat die Information, dass es zu Verkehrsbeeinträchtigungen kommen kann und wird um die Entsendung eines Dispatchers gebeten. Die Kommunikation verläuft während des Einsatzes zwischen dem Dispatcher der EVAG und dem jeweiligen Polizeiführer oder Abschnittsleiter. Auf stattfindende Maßnahmen zur Begleitung von Demonstrationsteilnehmern bei der An- und Abreise hat die EVAG keinen Einfluss und muss sich der polizeilichen Hoheit beugen.

Zum Ende der Demonstration am 1. Juli 2017 wurden schätzungsweise 50 Teilnehmer durch die Polizei zur Haltestelle Domplatz Nord geleitet. Die Aufnahmekapazität der nächstfolgenden Bahn der Linie 3 wurde durch die Polizei bei der Vorort anwesenden Verkehrsdispatcherin der EVAG abgefragt. Die Bahn war mit übrigen Fahrgästen nur schwach besetzt, da sich durch die vorangegangene Streckensperrung ein Pulk von mehreren aufeinanderfolgenden Zügen gebildet hatte. Der Zustieg der Teilnehmer der Demonstration erfolgte ohne jegliche Auffälligkeiten. Beamte der Polizei begleiteten zur Sicherheit die Bahn.

2. *Wurden Fahrgäste, die sich bereits in der Bahn befunden haben oder an der Haltestelle Domplatz oder später einsteigen wollten, über die mitfahrenden Demonstrationsteilnehmer/-innen informiert?*

a) Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form?

Nein, es erfolgte keine gesonderte Information. Dies war auch nicht nötig, da von den mitfahrenden Teilnehmern der Demonstration keine Gewalt oder Aggression ausging. Der Zu- und Ausstieg anderer Fahrgäste war zu keinem Zeitpunkt beeinträchtigt. Durch die mitfahrenden Polizeibeamten wäre ein Eingreifen auch sofort möglich gewesen.

3. *Wie wurde kontrolliert, dass die Demonstrationsteilnehmer/-innen im Besitz gültiger Fahrscheine waren?*

In den Stadtbahnen der EVAG findet keine Sichtkontrolle durch die Fahrer statt. Fahrgäste müssen mit einem gültigen Fahrschein zusteigen bzw. am Automaten im Fahrzeug einen gültigen Fahrschein erwerben. Durch den Dienstleister Condor werden in den Stadt-Bahnen täglich planmäßig Kontrollen durchgeführt, so auch am 1. Juli 2017 auf den Linien 3 und 6. Während der konkreten Fahrt wurde keine Kontrolle durchgeführt. Die Beförderungsbedingungen lassen einen Ausschluss eines Fahrgastes allein aus Gründen seiner politischen Gesinnung nicht zu. Ein Ausschluss ist nach § 3 (1) der VMT-Beförderungsbedingungen nur von Personen möglich, „die eine Gefahr für die Sicherheit und Ordnung des Betriebes oder für die Fahrgäste darstellen.“ Dies war bei den beförderten Teilnehmern am 1. Juli 2017 zweifelsfrei nicht der Fall.

4. *Wie wurde eine potenzielle Gefährdung durch evtl. aggressive Demonstrationsteilnehmer/-innen für die anderen Fahrgäste ausgeschlossen?*

Der Straßenbahnzug wurde vom Domplatz beginnend bis zum Ausstiegsort der Demonstrationsteilnehmer polizeilich begleitet. Die Teilnehmer haben sich während der Fahrt nicht aggressiv oder gewalttätig verhalten. Zur Vorsorge haben Beamte der Polizei die Fahrt begleitet. Eine Intervention bei auftretenden Sicherheitsstörungen wäre somit umgehend möglich gewesen.

Anlagen

gez. Linnert

Unterschrift Beigeordneter D03

18.08.2017

Datum